

# Mogelpackung Gentechnikrichtlinie

Die EU-Umweltminister haben am 12. Juni über die neue Gentechnikrichtlinie entschieden. Nach jahrelangem Tauziehen haben sich die Umweltminister auf ein „Zwei-Stufen-Modell“ für Ausnahmen bei der Zulassung von gentechnisch veränderten Pflanzen geeinigt. „Was sich erst einmal positiv anhört, nämlich, dass die Mitgliedsstaaten nationale Anbauverbote erlassen können, wird sich langfristig als Mogelpackung herausstellen“, warnte die Landwirtschaftsexpertin der Linksfraktion, Dr. Johanna Scheringer-Wright.

Nach dem neuen Modell sollen Agrarkonzerne im ersten Schritt einen Antrag auf Zulassung ihres gentechnisch veränderten Saatguts in ganz Europa stellen. Die Kommission verhandelt dann mit dem Konzern über Ausnahmen für einzelne Länder, die dies nicht wollen. Stimmt der Konzern dem nicht zu, so kann in einem zweiten Schritt der betroffene Mitgliedsstaat eine Ausnahme beantragen. So sollen einzelne Länder die Möglichkeit haben, den Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen auf ihrem Staatsgebiet verbieten zu lassen. Dabei dürfen na-

tionale Eigenheiten, etwa der Artenschutz oder eine kleinräumige Landwirtschaft, als Begründung dargelegt werden. „Diese Regelung hat zwei Schwachstellen: Erstens gibt es einen Vorteil für die Konzerne, die erst einmal eine Zulassung für ganz Europa bekommen und dann erst über Ausnahmen verhandeln müssen. Und zweitens haben solche Mitgliedsstaaten wie Deutschland, die sich nicht generell auf eine kleinräumige Landwirtschaft stützen, von vornherein eine schwache Verhandlungsposition“, sagte Johanna Scheringer-Wright hinsichtlich der Betriebsstrukturen in Ostdeutschland.

## Türöffnung für TTIP

Die Länderinteressen würden wahrscheinlich sowieso untergehen, so die Abgeordnete mit Blick auf Thüringen, das dem europäischen Netzwerk gentechnikfreier Zonen angehört. Es könne zudem zu einem Flickenteppich aus Ländern mit und ohne Anbauverbot von gentechnisch veränderten Pflanzen kommen: „Was das für die Warenströme bedeuten würde, ist auch klar! Überall werden dann gentechnisch veränderte Pflanzen vertrieben und verarbeitet.“ Schon jetzt sei es so, dass z.B.

bei Hühnerfutter kaum mehr solches ohne gentechnisch verändertes Soja in Thüringen angeboten werde. Diese Situation würde dann auch die Futtermittelkomponenten, wie Mais, Getreide und Raps, betreffen und damit wären die Anteile an gentechnisch veränderten Zutaten sehr viel höher. „Diese Entwicklung macht dann natürlich auch vor Lebensmitteln nicht halt“, befürchtet die LINKE-Politikerin.

Mit der Entscheidung der EU-Umweltminister, also auch dem deutschen, wird die Tür für die Transatlantische Handels- und Investitions-Partnerschaft (TTIP) weiter aufgemacht. „Die Entscheidung für die Gentechnikrichtlinie begünstigt die Konzerne und damit die Senkung europäischer Umweltstandards im Sinne des TTIP und straft die Regierungspolitiker Lügen, die im Bund und in den Ländern dafür werben, dass TTIP ohne Senkung der Standards im Lebensmittel- und Umweltbereich kommen könne. Jetzt geht dieser Beschluss in das Europäische Parlament. Ob es da noch Möglichkeiten gibt, die Richtlinie zu verändern, steht zu bezweifeln, trotzdem fordere ich alle EU-Abgeordneten auf, sich gegen diese Richtlinie zu stemmen“, so Johanna Scheringer-Wright. ■



## Thüringer Landtag der offenen Tür mit allerlei roten Akzenten



Von Politikverdrossenheit keine Spur bei den zahlreichen interessierten Bürgerinnen und Bürgern, die am 21. Juni, dem Tag der Offenen Tür, die diversen Informations- und Unterhaltungsangebote in und um den Thüringer Landtag genutzt haben und wiederum zu Tausenden gekommen waren.

Die Abgeordneten und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Linksfraktion haben sich gefreut über die vielen aufgeschlossenen Gespräche zu aktuellen politischen Themen am Infostand - vielfach verbunden mit einem Toi-toi-toi für die Landtagswahlen am 14. September. Großes Interesse gab es den ganzen Tag über an den Podiumsdiskussionen mit Vertretern aus allen fünf Fraktionen auf der Bühne im Beethovenpark. Die Gäste im Café der LINKEN, zu dem der Fraktionssitzungsraum, der Käte-Duncker-Saal, umfunktioniert worden war, kamen meist ganz in Familie und nutzten gern die Gelegenheit, Vertreter der Fraktion in lockerer Runde kennenzulernen. Zu weiteren Veranstaltungen (u.a. mit dem Kommunalpolitischen Forum Thüringen e.V.) war auf der Fraktionsetage eingeladen worden. Neben dem direkten Kontakt kamen das LINKE Infomaterial, aber auch Popcorn, rote Brause und schmackhafter Kuchen bei den Besuchern gut an. Vor allem die Jüngsten wurden dabei magisch angezogen von den pffiffigen Angeboten des Kindervereins „Otto-kar“. Dabei war der Andrang beim Kinderschminken mindestens ebenso groß wie bei der Schnellzeichnerin Fredicelli. ■

## DAS LETZTE ...

von Stefan Wogawa

## Die CDU wird nervös

Das Skandalkarussell in der Thüringer Staatskanzlei dreht seine Runden, die Begleitmelodie ist schrill und betrifft immer wieder CDU-Minister Jürgen Gnauck: Abmahnung und Hausdurchsuchung beim früheren Unternehmen sind die neuesten Töne. Die Negativschlagzeilen, die Gnauck am laufenden Band produziert, machen seine Partei nervös. Jetzt hat der stellvertretende CDU-Landesvorsitzende Thomas Fügmann, Landrat des Saale-Orla-Kreises, Gnaucks Rücktritt gefordert. Die Nachricht machte schnell die Runde; ebenso der süffisante Hinweis, sie sei während der Sitzung eines nur achtköpfigen Gremiums geäußert worden und trotzdem an die Medien gelangt. Auch aus den Reihen der CDU-Landtagsabgeordneten gibt es – mehr oder weniger deutliche – Unterstützung für die Forderung.

Adressat ist Gnaucks Chefin, die Ministerpräsidentin und CDU-Landesvorsitzende Christine Lieberknecht. Gnauck ließ trotz wissen, er habe „keinen Zweifel daran“, deren „volle Rückendeckung“ zu besitzen. Lieberknecht sah sich genötigt, ihm ihr „vollstes Vertrauen“ auszusprechen. Bei Angela Merkel wäre das eine Art politisches Todesurteil, hier muss man sehen.

Gnaucks politische Überheblichkeit ist die Fratze einer „Der Staat sind wir“-CDU. Einer „Uns kann keiner“-Truppe mit Selbstbedienungsmentalität, einer „Rechthabepartei“, wie Rene Heilig im Neuen Deutschland treffend formulierte.

Deren übelste Auswüchse schienen überwunden, als Lieberknecht den unsäglichen Dieter Althaus in die Wüste schickte. Als die Staatskanzlei zunehmend Chaos produzierte, hat sie Gnauck geholt. Wollte sie den Teufel mit dem Beelzebub austreiben? Der aktuelle Streit um Gnauck ist auch Ausdruck CDU-interner Kämpfe. Nicht selten gegen Lieberknecht. Und mit zunehmend unübersichtlicheren Fronten. ■

## IMPRESSUM

Der LINKE PARLAMENTSREPORT erscheint auf den Seiten 5 bis 10 in UNSERE NEUE ZEITUNG.

### Herausgeber:

DIE LINKE. Fraktion im Thüringer Landtag, Jürgen-Fuchs-Str. 1, 99096 Erfurt.

### Redaktion:

Annette Rudolph (V.i.S.d.P.), Stefan Wogawa  
Telefon: 0361 - 377 2293; Fax: 0361 - 377 2321  
E-Mail: rudolph@die-linke-thl.de  
Internet: www.die-linke-thl.de

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Materialien übernimmt die Redaktion des PARLAMENTSREPORTS keine Haftung. Sie behält sich das Recht der auszugsweisen Wiedergabe von Zuschriften vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck von Beiträgen ist ausdrücklich erwünscht.